

Jan Philipp Wölbern, Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen (Analysen und Dokumente, Bd. 38), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014, 563 S., geb. und E-Book, 39,99 € beziehungsweise 32,99 €.

Ein offenes Geheimnis waren schon seinerzeit die „besonderen Bemühungen“ der Bundesregierung um die Freiheit von Menschen, die aufgrund der deutschen Teilung in Not geraten waren. Dabei handelte es sich sowohl um politisch Inhaftierte als auch um solche Bürgerinnen und Bürger der DDR, welche in den Westen reisen wollten oder mussten. Sie reisten in „dringenden Familienangelegenheiten“, oder um auf Dauer zu Verwandten und Familienangehörigen im anderen Teil Deutschlands zu gelangen, um im freien Teil Deutschlands bessere Lebensbedingungen zu finden. Einem finanziell hoch bedeutenden und politisch heiklen Bereich der deutsch-deutschen Beziehungen ist die mit dem 7. Potsdamer Nachwuchswissenschaftlerpreis ausgezeichnete Doktorarbeit des Potsdamer Historikers Jan Philipp Wölbern gewidmet: dem Freikauf von Häftlingen aus der DDR zwischen 1962/63 und 1989.

Über 33.000 Gefangene wurden in diesem Zeitraum – für mehr als drei Milliarden DM – freigekauft. Wölbern, Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, hat für seine Arbeit zahlreiche Archivbestände in Ost und West ausgewertet und mehr als zwei Dutzend Zeitzeugen befragt. Herausgekommen ist dabei ein beeindruckendes, voluminöses Buch, das – für seinen Bereich – von grundlegendem Charakter ist.

Dabei gestaltet es sich als durchaus schwierig, den Anfang zu finden. Schon vor dem Mauerbau gab es „möglicherweise“ einzelne Haftentlassungen gegen Lösegeld aus dem Westen – aber zu einem auf beiden Seiten staatlich organisierten Freikauf von Häftlingen aus der DDR kam es erst nach dem 13. August 1961, in den Jahren 1962/63. Dabei erscheint es durchaus müßig, die Henne-Ei-Frage zu stellen, was denn zuerst da war, das Bedürfnis der DDR nach Devisen oder das Bedürfnis der Bundesrepublik, Menschen in Not zu helfen. Am Ende regelte – wie auf dem Markt – das Angebot die Nachfrage und umgekehrt.

Wölbern gelingt es überzeugend, in seiner Arbeit deskriptive politikgeschichtliche Herangehensweisen mit strukturgeschichtlichen Perspektiven zu verbinden. Dabei gab es viele Akteure: in der Bundesrepublik die Kirchen ebenso wie die Bundesregierung (das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen) und der (West-)Berliner Senat, in der DDR die SED, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und schließlich den Bereich „Kommerzielle Koordinierung“. Von besonderer Bedeutung war die „Anwalts-ebene“, im Westen der Berliner Rechtsanwalt Jürgen Stange, im Osten der Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, welcher seinen Partner im Laufe der Jahre an Bedeutung überflügeln sollte. Jedoch: Ob es an der Schwierigkeit, Zugang zu den Betreffenden beziehungsweise zu ihren Nachlässen zu erlangen liegt oder an den Präferenzen des Autors – die Hauptfiguren in Wölberns Darstellung sind weder Stange noch Vogel¹. Auf westlicher Seite rückt jedenfalls häufig der Ministerialbeamte und spätere Staatssekretär Ludwig Rehlinger (CDU) in den Vordergrund, während es im Osten der MfS-Offizier Heinz Volpert ist, dem große Bedeutung beigemessen wird. So ist die Perspektive der Untersuchung häufig die der Apparate – und etwas weniger diejenige der politischen Akteure wie zum Beispiel die jeweiligen zuständigen Bundesminister von Rainer Barzel (CDU) über Erich Mende (FDP) bis zu Herbert Wehner und Egon Franke (SPD) oder – in der DDR am Ende über all die Fragen entscheidend – die Staats- und Parteichefs, also vor 1971 Walter Ulbricht, danach vor allem Erich Honecker.

¹ Vogels zentrale Rolle arbeitet dagegen jetzt überzeugend und quellengesättigt heraus: *Norbert F. Pötzl, Mission Freiheit. Wolfgang Vogel – Anwalt der deutsch-deutschen Geschichte, München 2014.*

Das Buch ist streng wissenschaftlich geschrieben, nüchtern und seriös. Nur an wenigen Stellen wäre eine eingehendere Quellenkritik angebracht. So hat Norbert F. Pötzl in seiner – allerdings erst nach Wölberns Buch erschienenen – Biografie über Wolfgang Vogel überzeugend dargelegt, dass ein vom MfS verfasster Vermerk über ein Gespräch zwischen Vogel und Wehner am 11. Juni 1968 (S. 210) eine offenkundige Fälschung ist.² Ebenfalls fraglich ist Wölberns Schlussfolgerung aus einem Brief des Bischofs Hermann Kunst, es sei Minister Barzel gewesen, der 1963 „als Gesamtdeutscher Minister den Freikauf von Häftlingen begonnen hat“ (S. 82) und nicht die evangelische Kirche. Dieser Brief entstand im Jahr 1975, zu einem Zeitpunkt, als Unionspolitiker sich auch öffentlich immer wieder kritisch zur Ostpolitik und den humanitären Bemühungen der sozial-liberalen Bundesregierung äußerten. Es liegt nahe, dass das Motiv für die spätere Betonung der Rolle eines CDU-Politikers für die Entstehung der Häftlingsfreikäufe – unabhängig von deren Wahrheitsgehalt – in der innenpolitischen Absicherung lag.

In seinem Werk gelingt es Wölbern stellenweise durchaus, die Leserschaft zu fesseln, gar Spannung zu erzeugen. Ein Beispiel hierfür ist der Cliffhanger, wenn Egon Bahr auf Seite 237 meint, den Freikauf von Häftlingen über den Anwaltskontakt erfolgreich ausgehebelt zu haben, dieser Faden jedoch erst knapp 50 Seiten später wieder aufgenommen wird. Da wird schnell klar, dass Bahrs Absicht, im Zuge der Verhandlungen über den Grundlagenvertrag 1972 die „besonderen Bemühungen“ auf die Ebene offizieller Verhandlungen zu heben, fehlschlug. Die „Kofferfälle“ musste Herbert Wehner lösen. Er reiste 1973 nach Ostberlin, und so kam es zur Reparatur und Festigung des Freikaufs nebst Einrichtung eines dauerhaften „Kanals“ zwischen Wehner, Vogel und Honecker.³

So stellen die „Kofferfälle“ von 1972/73 auch die wichtigste Zäsur innerhalb des Bearbeitungszeitraums dar. Für die Zeit vorher, von 1964 bis zum Grundlagenvertrag 1972, spricht Wölbern vom Freikauf als „regelmäßige ‚Sonderaktionen‘“, danach, zwischen 1973 und 1989 handelt es sich dagegen um ein verstetigtes, „institutionalisiertes Programm“. Dabei unterlässt der Autor es nicht, die öffentliche Wirkung der Freikäufe zu beschreiben, vom „medialen Halbdunkel“ in der ersten Phase über das „offene Geheimnis“ von 1972 bis zum Mauerfall. Sowohl die Auswirkungen des Freikaufs auf die DDR als auch die wirtschaftlichen Dimensionen werden ausgeleuchtet. Das Ergebnis ist eindeutig: Dem wirtschaftlichen Vorteil, den die DDR aus dem Geschäft ziehen konnte, stand ein enormer Prestigeverlust in Verbindung mit der zunehmenden ökonomischen Abhängigkeit vom Westen gegenüber. Ebenfalls konstatiert Wölbern eine „geradezu ‚zersetzende‘ Wirkung auf das Repressionssystem der DDR, indem es die Sinnhaftigkeit der Autorität der operativen Mitarbeiter“ der Staatssicherheit auf allen Ebenen infrage stellte (S. 499). Schließlich fasst Wölbern es ausgewogen und treffend zusammen: „Die DDR handelte mit Menschen, die Bundesrepublik mitmenschlich, wenngleich mit politischen Hintergedanken“ (S. 506).

Einige Punkte sind kritikwürdig: So geht der Autor recht zurückhaltend mit langen Linien (etwa humanitären Bemühungen schon vor dem Mauerbau) sowie der politischen Bedeutung von Brandts Kanzlerkrise für die humanitären Fragen um. Ebenso ist die Beschränkung des Autors auf den Häftlingsfreikauf, also die weitgehende Ausblendung des doch ebenso zu den „menschlichen Bemühungen“ gehörenden Bereichs der Familienzusammenführungen und Reisen in dringenden Familienangelegenheiten nicht wirklich schlüssig.

Bedauerlich ist, dass das Quellenverzeichnis (S. 509-512) – wohl aufgrund von Formatierungsfehlern – äußerst unübersichtlich geraten und daher nur schwer nutzbar ist. Hier hätte ein sorgfältigeres Lektorat durch den Verlag Abhilfe schaffen können. Nicht zutreffend ist die Behauptung des Autors, der Nachlass Herbert Wehners im Herbert-Wehner-Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und in der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung in Dresden seien für diese Arbeit „erstmalig [...] zugänglich“ (S. 27)

² Vgl. ebd., S. 199ff.

³ Vgl. dazu genauer: *Christoph Meyer*, Der Mythos vom Verrat. Wehners Ostpolitik und die Irrtümer von Egon Bahr, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Deutschland Archiv Online, URL: <<http://www.bpb.de/175147>> [27.10.2014]; Pötzl meint gar, Bahr von der von ihm selbst verbreiteten „Legende“ entlasten zu können, seine Vorstöße bei den Vertragsverhandlungen seien Auslöser des Ausreisestopps gewesen. Richtig ist jedenfalls, dass Bahr in seinen Erinnerungen zahlreiche Irrtümer unterlaufen – und somit an deren Seriosität zu zweifeln ist. Vgl. *Pötzl*, Mission Freiheit, S. 26ff.

gewesen. Unter anderem hat der Rezensent diese Bestände – auch die von Wölbern genutzten Teile – für seine 2006 erschienene Biografie Herbert Wehners genutzt.

Insgesamt aber schmälern diese Punkte den überragenden Wert des Werks in keiner Weise. Auch hier wird wieder einmal deutlich: Die Neue Ostpolitik wurde weder zuerst noch gar allein in Westberlin erfunden. Vor allem gilt aber: Durchaus auch CDU-Politiker waren in den 1960er-Jahren in der Lage, eine Politik der kleinen Schritte zu verfolgen, wobei hierfür mit entscheidend gewesen sein mag, dass Sozialdemokraten wie Herbert Wehner schon von den Bonner Oppositionsbänken aus eine solche Politik nicht nur vehement forderten, sondern sie selbst betrieben, sodass die Regierenden sich in Sachen „Deutschlandpolitik“ stets unter Zugzwang gesetzt sahen. Etwa Barzels Beitrag zum Häftlingsfreikauf zeigt deutlich: Die ostpolitische Fundamentalopposition von CDU/CSU in den 1970er-Jahren ergab sich nicht zwangsläufig aus konservativen Positionen zur Deutschlandpolitik, sondern sie war eher eine Folge des Verlusts ihrer Regierungsmacht in Verbindung mit dem Bestreben, aus einer Vertiefung der deutschlandpolitischen Gegnerschaft zur Sozialdemokratie zu profitieren. Den Menschen in der DDR konkret geholfen zu haben, das war Folge der Politik derjenigen, die auf kurzfristige innenpolitische Profite verzichteten und die konkrete Überwindung der Teilung in den Fokus ihres deutschlandpolitischen Denkens und Handelns stellten.

Christoph Meyer, Dresden/Mittweida

Zitierempfehlung:

Christoph Meyer: Rezension von: Jan Philipp Wölbern, Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen (Analysen und Dokumente, Bd. 38), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 55, 2015, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81606>> [19.11.2014].